

2013



1. Finanz- und Controllingbericht



Kreis Bergstraße

30.04.2013

Vorbemerkungen zum Finanzteil des Berichts

Nach § 28 GemHVO ist der Kreisausschuss verpflichtet, dem Kreistag mehrmals jährlich über den Stand des Haushaltsvollzugs zu unterrichten. Diese Unterrichtung erfolgt seit 2008 durch zwei Finanz- und Controllingberichte je Haushaltsjahr. Im Finanzteil des vorliegenden Berichts wird im Ergebnishaushalt auf Gesamthaushaltsebene sowie auf der Ebene der Teilhaushalte die jeweilige Entwicklung des Haushaltsvollzugs zum 30.04.2013 abgebildet und eine Prognose zum Ende des Haushaltsjahres abgegeben. Die Prognose basiert auf der Einschätzung der Produktverantwortlichen. Hierzu wurden die Produktverantwortlichen gebeten, bereits absehbare, haushaltswirksame Veränderungen, die 5 T€ je Produkt und Aufwands- bzw. Ertragsart überschreiten, mitzuteilen. Beim Finanzhaushalt wurden der Stand der Investitionen und die Kreditaufnahme dargestellt. Abschließend wird über die im Haushaltsjahr 2013 aufgenommenen Kredite und abgeschlossenen Derivativen Finanzierungsinstrumente berichtet. Dem üblichen Berichtsschema folgt darüber hinaus im vorliegenden Bericht erstmals eine Berichterstattung im Rahmen der Teilnahme des Kreises Bergstraße am Kommunalen Schutzschirm des Landes Hessen.

Vorbemerkungen zum Controllingteil des Berichts

Zu 28 der 69 Produkte im Haushaltsplan 2013 wurden 47 Ziele mit 47 Kennzahlen (i.d.R. Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung) definiert. Im Nachfolgenden sind diese Produkte, Ziele und Kennzahlen mit ihren derzeitigen und prognostizierten Zielerreichungsgraden wie folgt dargestellt:

- Ist = Wert zum Abfragezeitpunkt 30. April 2013
- Prognose = gemäß Einschätzung der Produktverantwortlichen zum 31.12.2013 voraussichtlich erreichter Zielerreichungsgrad
- Monitor = Einschätzung des Abweichungsgrades sowie des Steuerungsbedarfs:
 - Monitor "weiß": Verbesserung gegenüber dem Planwert; Ziel wird voraussichtlich erreicht oder übererfüllt; Steuerungsmaßnahmen nicht erforderlich (bei 38 Kennzahlen = 81 %)
 - Monitor "grau": Verschlechterung gegenüber dem Planwert; Ziel wird voraussichtlich nicht erreicht; Steuerungsmaßnahmen jedoch nicht möglich, nicht notwendig oder bereits durch die Produktverantwortlichen ergriffen (bei 9 Kennzahlen = 19 %)
 - Monitor "schwarz": Verschlechterung gegenüber dem Planwert; Ziel wird voraussichtlich nicht erreicht; Steuerungsmaßnahmen jedoch noch möglich oder noch notwendig, ggfs. auch durch die Kreisgremien (bei 0 Kennzahlen).

Sofern Kennzahlen in %-Werten (Verhältniskennzahlen) angeben sind, sind die absoluten Werte (Zähler/Nenner) in diesen Fällen wiederum jeweils im 2. Tabellenblock dargestellt.

Soweit die Ziele bzw. Kennzahlen im Haushaltsjahr 2012, 2011, 2010 und 2009 bereits bestanden und Ergebnisse aus den jeweiligen Jahresabschlüssen vorliegen, sind diese zur Vergleichbarkeit und Orientierung incl. jeweiliger Abweichung Plan/Ist (*in Kursivdruck*) mit angegeben.

Gesamtergebnishaushalt

Pos.	Beschreibung	Ansatz Haus- halt 2013	Prognose zum 31.12.2013	Veränderung absolut	Veränderung prozentual	Ergebnis zum 30.04.2013	Prozentuale Ausschöpfung des Ansatzes
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte	44.400 €	44.067 €	-333 €	-0,7%	7.308 €	16,5%
02	Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte	7.491.130 €	7.495.240 €	4.110 €	0,1%	2.024.691 €	27,0%
03	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	4.229.598 €	4.204.898 €	-24.700 €	-0,6%	931.876 €	22,0%
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen						
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich	152.545.000 €	152.545.000 €	0 €	0,0%	50.806.420 €	33,3%
06	Erträge aus Transferleistungen	69.352.650 €	69.435.850 €	83.200 €	0,1%	25.823.819 €	37,2%
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für	70.479.204 €	71.565.059 €	1.085.855 €	1,5%	55.048.266 €	78,1%
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus *	3.459.500 €	3.459.500 €	0 €	0,0%	1.153.167 €	33,3%
09	Sonstige ordentliche Erträge	145.509 €	521.759 €	376.250 €	258,6%	380.415 €	261,4%
10	Summe der ordentlichen Erträge	307.746.991 €	309.271.373 €	1.524.382 €	0,5%	136.175.962 €	44,2%
11	Personalaufwendungen	33.917.900 €	33.284.400 €	-633.500 €	-1,9%	10.441.546 €	30,8%
12	Versorgungsaufwendungen *	4.365.000 €	4.365.000 €	0 €	0,0%	1.455.000 €	33,3%
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	25.819.310 €	26.031.383 €	212.073 €	0,8%	11.287.256 €	43,7%
14	Abschreibungen *	6.742.620 €	6.742.620 €	0 €	0,0%	2.247.540 €	33,3%
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie	52.506.921 €	49.242.797 €	-3.264.124 €	-6,2%	17.350.428 €	33,0%
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus	46.597.000 €	46.590.191 €	-6.809 €	0,0%	46.452.500 €	99,7%
17	Transferaufwendungen	154.707.698 €	155.844.448 €	1.136.750 €	0,7%	51.163.827 €	33,1%
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	8.800 €	8.816 €	16 €	0,2%	3.879 €	44,1%
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	324.665.249 €	322.109.655 €	-2.555.594 €	-0,8%	140.401.976 €	43,2%
20	Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./ Pos 19)	-16.918.258 €	-12.838.282 €	4.079.976 €	-24,1%	-4.226.014 €	25,0%
21	Finanzerträge	1.293.280 €	974.360 €	-318.920 €	-24,7%	58.752 €	4,5%
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	11.574.805 €	8.737.227 €	-2.837.578 €	-24,5%	4.551.990 €	39,3%
23	Finanzergebnis (Pos. 21 ./ Pos. 22)	-10.281.525 €	-7.762.867 €	2.518.658 €	-24,5%	-4.493.238 €	43,7%
24	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 + Pos. 23)	-27.199.783 €	-20.601.149 €	6.598.634 €	-24,3%	-8.719.252 €	32,1%
25	Außerordentliche Erträge	473.160 €	569.263 €	96.103 €	20,3%	198.521 €	42,0%
26	Außerordentliche Aufwendungen	3.828.000 €	4.038.283 €	210.283 €	5,5%	902.243 €	23,6%
27	Außerordentliches Ergebnis (Pos. 25 ./ Pos. 26)	-3.354.840 €	-3.469.020 €	-114.180 €	3,4%	-703.722 €	21,0%
28	Jahresergebnis (Pos. 24 + Pos. 27)	-30.554.623 €	-24.070.169 €	6.484.454 €	-21,2%	-9.422.973 €	30,8%

Das Jahresergebnis verbessert sich gegenüber dem vom Kreistag am 10.12.2012 verabschiedeten Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2013 voraussichtlich um rd. 6.484,5 T€. Damit ist gewährleistet, dass die sich aus dem Konsolidierungsvertrag ergebenden Vorgaben im Rahmen der Teilnahme am Kommunalen Schutzschirm des Landes Hessen erfüllt werden.

Als weitere Maßnahme zur Erreichung dieses Ziels hat der Kreisausschuss in seiner Sitzung am 08.04.2013 eine Haushaltswirtschaftliche Sperre gem. § 107 HGO i. V. mit § 52 HKO in Höhe von 2,2 Mio. € erlassen. Durch Haushaltsvermerke waren bereits Ansätze in Höhe von 2,2 Mio. € gesperrt. Durch die haushaltswirtschaftliche Sperre ist demnach noch ein weiteres Einsparungspotenzial von maximal 1,2 Mio. € möglich, da Sperren in Höhe von 3,2 Mio. € beim Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft in der Prognose bereits berücksichtigt sind.

Die Personalaufwendungen verringern sich um voraussichtlich 633,5 T€. Diese Einsparung ergibt sich aus Personalbewirtschaftungsmaßnahmen sowie aus einem voraussichtlichen Wenigerbedarf bei Beihilfen und Unterstützungsleistungen an aktive Beamte und Arbeitnehmer (- 44 T€). Dem steht ein Mehraufwand i. H. v. 6,4 T€ aus einer Beitragserhöhung der Unfallversicherung (Berufsgenossenschaft) gegenüber. Die Personalbewirtschaftungsmaßnahmen beinhalten insbesondere

- den Verzicht auf Wiederbesetzung bzw. die verzögerte Wiederbesetzung vakanter Stellen (Stellenanteile),
- die interne Besetzung von Stellen (hierdurch Reduzierung von Personalkosten) sowie
- Erkrankungen ohne Lohnfortzahlungen.

Prognostizierte Personalaufwendungen für das Umsteuerungskonzept des Jugendamtes wurden in dieser Rechnung nicht berücksichtigt, da hierfür kein Ansatz gebildet wurde, der gegenüber gestellt werden kann. Diese Aufwendungen werden im Rahmen des Budgets für das Umsteuerungskonzept des Jugendamtes vollständig durch Umsteuerungserträge gedeckt.

* Die Erträge aus d. Auflösung v. Sonderposten, die Versorgungsaufwendungen u. die Abschreibungen werden erst am Jahresende gebucht. Um eine realistischere Auswertung des Gesamtergebnisses zu gewährleisten, wurde bei diesen drei Positionen (kalkulatorisch) ein Buchungsstand zum 30.04. unterstellt, der exakt 1/3 des Ansatzes entspricht.

Teilhaushalt 01 – Zentrale Verwaltung

Beschreibung	Ansatz Haushalt 2013	Prognose zum 31.12.2013	Veränderung absolut	Veränderung prozentual	Ergebnis zum 31.04.2013	Prozentuale Ausschöpfung des Ansatzes
Summe der ordentlichen Erträge	7.985.650 €	7.978.707 €	-6.943 €	-0,1%	3.116.731 €	39,0%
Summe der ordentlichen Aufwendungen	21.798.655 €	21.618.305 €	-180.350 €	-0,8%	6.136.608 €	28,2%
Verwaltungsergebnis	-13.813.005 €	-13.639.598 €	173.407 €	-1,3%	-3.019.877 €	21,9%
Finanzergebnis	100.000 €	100.000 €	0 €	0,0%	15.956 €	16,0%
Ordentliches Ergebnis	-13.713.005 €	-13.539.598 €	173.407 €	-1,3%	-3.003.921 €	21,9%
Außerordentliches Ergebnis	-500 €	2.630 €	3.130 €	-626,0%	-36 €	7,3%
Jahresergebnis	-13.713.505 €	-13.536.968 €	176.537 €	-1,3%	-3.003.958 €	21,9%

Das ordentliche Ergebnis verbessert sich um rd. 173,4 T€. Die ordentlichen Aufwendungen verringern sich voraussichtlich um rd. 180,4 T€. Von dieser prognostizierten Verbesserung entfallen 147,5 T€ auf die Personalaufwendungen, vor allem aufgrund eines voraussichtlichen Wenigerbedarfs bei der Beihilfe an aktive Beamte sowie aufgrund von Arbeitszeitreduzierungen, und rd. 32,9 T€ auf die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, v. a. im Ausländer- und Migrationsamt durch verminderte Aufwendungen für die Bundesdruckerei (analog zur Ertragsentwicklung).

Die ordentlichen Erträge verringern sich um rd. 6,9 T€. Während bei den Gebührenerträgen der Kfz-Zulassung und der Straßenverkehrsbehörde Mehrerträge (+ 58 T€) erwartet werden, ist bei den Gebühren des Ausländer- und Migrationsamtes (- 30 T€) mit Ertragsverlusten zu rechnen, da im Vergleich zum Vorjahr weniger elektronische Aufenthaltstitel ausgestellt werden. Im Bereich Ordnungs- und Gewerbeswesen ist ebenfalls mit Mindererträgen i. H. v. rd. 35 T€ zu rechnen. Ertragsverluste durch Zuständigkeitsänderungen im Maklerwesen (- 41 T€) können nur zum Teil durch Mehrerträge aufgrund einer Neukalkulation der Gebühren im Sprengstoffwesen (+ 6 T€) aufgefangen werden.

Teilhaushalt 02 – Schule und Kultur

Beschreibung	Ansatz Haushalt 2013	Prognose zum 31.12.2013	Veränderung absolut	Veränderung prozentual	Ergebnis zum 30.04.2013	Prozentuale Ausschöpfung des Ansatzes
Summe der ordentlichen Erträge	67.376.940 €	67.394.060 €	17.120 €	0,0%	26.091.081 €	38,7%
Summe der ordentlichen Aufwendungen	65.232.200 €	61.976.100 €	-3.256.100 €	-5,0%	24.826.528 €	38,1%
Verwaltungsergebnis	2.144.740 €	5.417.960 €	3.273.220 €	152,6%	1.264.552 €	59,0%
Finanzergebnis	-1.086.125 €	-1.148.547 €	-62.422 €	5,7%	-1.162.422 €	107,0%
Ordentliches Ergebnis	1.058.615 €	4.269.413 €	3.210.798 €	303,3%	102.131 €	9,6%
Außerordentliches Ergebnis	-25.000 €	-111.309 €	-86.309 €	345,2%	-105.318 €	421,3%
Jahresergebnis	1.033.615 €	4.158.104 €	3.124.489 €	302,3%	-3.188 €	-0,3%

Das Verwaltungsergebnis im Teilhaushalt Schule und Kultur verbessert sich voraussichtlich um rd. 3.273,2 T€. Das ist primär auf die Erwartung zurückzuführen, dass die haushaltswirtschaftlichen Sperren von insgesamt 3,2 Mio. € beim Kreiszuschuss an den Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft (L-GB) nicht aufgehoben werden müssen und sich die Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse somit um mindestens diesen Betrag reduzieren. Ferner wird bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen mit Einsparungen in Höhe von 55,9 T€ kalkuliert, primär im Bereich der Schülerbeförderungskosten (- 54,5 T€). Des Weiteren werden höhere Gebührenerträge i. H. v. rd. 10,5 T€ im Bereich der Kreisvolkshochschule erwartet. Diese resultieren aus Nachfragen nach Firmenschulungen, die laut KVHS nicht planbar sind.

Die Zinsaufwendungen erhöhen sich voraussichtlich um rd. 62,4 T€. Bei der Veranschlagung wurde die vom Kreis zu leistende Zinsdienstumlage für die Ersatzschulen im Kreis und das Luisenkrankenhaus Lindenfels versehentlich nicht berücksichtigt. Die Deckung ist durch Wenigeraufwendungen bei Zinsen für Kassenkredite (Produkt 6020) gewährleistet.

Die außerordentlichen Aufwendungen erhöhen sich aufgrund periodenfremder Aufwendungen um rd. 86,3 T€. Das Jahresergebnis in diesem Teilhaushalt wird sich somit voraussichtlich um rd. 3.124,5 T€ verbessern.

Teilhaushalt 03 – Soziales und Jugend

Beschreibung	Ansatz Haushalt 2013	Prognose zum 31.12.2013	Veränderung absolut	Veränderung prozentual	Ergebnis zum 30.04.2013	Prozentuale Ausschöpfung des Ansatzes
Summe der ordentlichen Erträge	91.420.546 €	92.887.455 €	1.466.909 €	1,6%	32.250.862 €	35,3%
Summe der ordentlichen Aufwendungen	174.189.027 €	175.378.916 €	1.189.889 €	0,7%	56.607.096 €	32,5%
Verwaltungsergebnis	-82.768.481 €	-82.491.461 €	277.020 €	-0,3%	-24.356.234 €	29,4%
Finanzergebnis	700 €	700 €	0 €	0,0%		0,0%
Ordentliches Ergebnis	-82.767.781 €	-82.490.761 €	277.020 €	-0,3%	-24.355.418 €	29,4%
Außerordentliches Ergebnis	-518.840 €	-659.839 €	-140.999 €	27,2%	-703.573 €	135,6%
Jahresergebnis	-83.286.621 €	-83.150.600 €	136.021 €	-0,2%	-25.058.991 €	30,1%

Im Teilhaushalt Soziales und Jugend ist im Ordentlichen Ergebnis mit einer Verbesserung um rd. 277 T€ zu rechnen. Nach Berücksichtigung des Außerordentlichen Ergebnisses wird ein um rd. 136 T€ gegenüber dem Haushaltsansatz verbessertes Jahresergebnis prognostiziert.

Die einzelnen Teilbereiche stellen sich wie folgt dar:

Teilbereich Sozialhilfe (Produkte 3010 bis 3060, 3080, 3101, 3130 und 3220):

Bei den ordentlichen Erträgen sind insgesamt Verbesserungen i. H. v. rd. 946,1 T€ zu erwarten. Die ordentlichen Aufwendungen erhöhen sich voraussichtlich um rd. 1.440,7 T€. Das heißt, das Ordentliche Ergebnis im Teilbereich Soziales wird sich um rd. 494,6 T€ verschlechtern.

Die Verbesserungen im Ertragsbereich werden ausschließlich bei den Zuweisungen und Zuschüssen erwartet, primär bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (+ 307,4 T€), da die Zuweisung des Bundes gem. § 46a SGB XII in Höhe von 75% der Nettoaufwendungen sich aufgrund der zugrunde liegenden gestiegenen Aufwendungen erhöht, und bei den Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (+ 648,8 T€). Laut Plan können für 293 Personen die pauschale Kostenerstattungen i. H. v. 448,25 € mtl. geltend gemacht werden. Im I. Quartal 2013 wurden 349 Personen und im II. Quartal 395 Personen zur Erstattung angemeldet. Unter der Annahme, dass die Steigerung der abrechenbaren Personen mit 40 pro Quartalsmeldung anhält (435 im III. Quartal, 475 im IV. Quartal) wird von folgender Zuweisung ausgegangen: Pro-Kopf-Pauschale nach § 7 LAG = 2.224.200 €, Krankenhilfeeerstattungen = 8.000 €.

Im Bereich der ordentlichen Aufwendungen ist der Mehraufwand vor allem auf gestiegene Aufwendungen im Bereich des Asylbewerberleistungsgesetzes zurückzuführen (+ 1.439,6 T€). Die Transferaufwendungen erhöhen sich hier um 1.015,1 T€. Die Anzahl der Personen nach § 2 AsylbLG ist leicht rückläufig. Für das Ausscheiden aus dem Leistungsbezug können folgende Gründe ausschlaggebend sein:

- Änderung des ausländerrechtlichen Status und damit Wechsel in ein anderes Leistungssystem (z. B. SGB II oder SGB XII)
- Unabhängigkeit von sozialen Leistungen durch Aufnahme einer Erwerbstätigkeit
- Ausweisung / Abschiebung

Die **Leistungen für § 2 AsylbLG** wurden auf Basis der Durchschnittswerte Januar – April 2013 hochgerechnet. Durch die gestiegenen Kosten pro Person ist trotz rückläufiger Personenanzahl eine leichte Steigerung des Gesamtaufwandes zu erwarten.

Im Zuge der Haushaltsplanung im Jahr 2012 wurden auf Basis der Entwicklungen, die bis Herbst 2012 erkennbar waren, bereits gewisse Steigerungen bei den **Leistungen nach § 3 AsylbLG** eingeplant. Die tatsächlichen Entwicklungen übersteigen diese Prognosen jedoch erheblich. Mit Schreiben vom 17.04.2013 macht das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge deutlich, dass es bezüglich der Erstantragsteller, im I. Quartal 2013 zu einer Steigerung von ca. 57% gegenüber dem Vergleichszeitraum 2012 kam. Auch für den weiteren Jahresverlauf wird davon ausgegangen, dass die Steigerungsraten deutlich über denen des Jahres 2012 liegen werden. Im Kreis Bergstraße kam es in der Zeit Januar – April 2013 zu Neuzuweisungen im Umfang von durchschnittlich 22 Personen pro Monat. Für die aktuelle Hochrechnung wird in den Monaten Mai und Juni mit jeweils 30 Neuzuweisungen und ab Juli bis Jahresende mit monatlich 20 Neuzuweisungen gerechnet. Weitere Steigerungen sind nicht auszuschließen. Von einer Neubewertung der Krankenhilfekosten wird derzeit noch abgesehen. Für das Asylbewerberleistungsgesetz liegt ein Referentenentwurf vor, der einen Wechsel von § 3 nach § 2 AsylbLG bereits nach 24 statt nach 48 Monaten vorsieht. Sofern das Gesetz in dieser Form verabschiedet werden sollte, sind erhebliche Verschiebungen zwischen den Leistungsarten zu erwarten.

Die Aufwendungen bei den Sach- und Dienstleistungen erhöhen sich im Asylbewerberleistungsbereich um 424,5 T€. Die Erhöhung ist ausschließlich auf KdU für Asylbewerber zurückzuführen. In der Zeit Januar – April 2013 kam es zu Neuzuweisungen im Umfang von durchschnittlich 22 Personen pro Monat. Für die Monate Mai und Juni wird mit jeweils 30 Neuzuweisungen und ab Juli bis Jahresende mit monatlich 20 Neuzuweisungen gerechnet. Weitere Steigerungen sowohl der Zuweisungen von Flüchtlingen als auch der Kosten für die Unterbringung pro Person sind nicht auszuschließen. Derzeit wird von einer Vollausslastung der bestehenden Unterkünfte bis Juni 2013 ausgegangen. Bis Jahresende wird ein zusätzlicher Unterbringungsbedarf für 100 Personen erwartet.

Des Weiteren werden Mehraufwendungen im Transferbereich bei der Grundsicherung im Alter von 130,6 T€ erwartet. Dem Mehraufwand außerhalb von Einrichtungen (+ 280,4 T€) aufgrund höherer Fallzahlen (1839 statt 1752) steht Wenigeraufwand innerhalb von Einrichtungen (- 149,8 T€) aufgrund gesunkener Kosten pro Fall (236 € statt 294 €) gegenüber.

Bei den sonstigen Hilfen für Sozialleistungen (Produkt 3130) entfällt der veranschlagte Ansatz i. H. v. 110 T€ bei den Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse. Kostenträger der Leistungen der Kriegsoferfürsorge waren bisher die Kreise und kreisfreien Städte. Die Bearbeitung erfolgte beim Landeswohlfahrtsverband. Die Aufwendungen wurden jährlich in Rechnung gestellt. Mit dem Gesetz zur Durchführung der Kriegsoferfürsorge sowie zur Änderung der Verordnung über die örtliche Zuständigkeit der für die Versorgung nach dem Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten zuständigen Behörden vom 26.11.2012 wechselte diese Aufgabe in die Zuständigkeit des Landeswohlfahrtsverbandes. Die Abschlussrechnung 2012 ist erfolgt, es werden keine weiteren Forderungen erwartet.

Teilbereich SGB II (Produkt 3070)

Laut Betriebsleitung des Eigenbetriebs Neue Wege liegt I-NW im Plan und es sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine signifikanten Ansatzabweichungen zu erkennen.

Teilbereich Jugendhilfe (Produkte 3120, 3140 bis 3210)

Bei den ordentlichen Erträgen sind insgesamt Verbesserungen i. H. v. rd. 150,9 T€ zu erwarten. Die ordentlichen Aufwendungen erhöhen sich voraussichtlich um rd. 12,9 T€. Das Außerordentlichen Ergebnis verschlechtert sich voraussichtlich um rd. 160,2 T€ (periodenfremde Aufwendungen, die innerhalb des Budgets gedeckt werden). Unter dem Strich ist im Jahresergebnis somit eine Verschlechterung von rd. 22,2 T€ zu erwarten.

Bei Produkt 3140 erhöhen sich die Transfererträge um rd. 155 T€. Da durch das ab 01.08.2013 in Kraft tretende Bundesgesetz zur Kinderbetreuung mit höheren Fallzahlen gerechnet wird - Anspruch auf einen Betreuungsplatz für alle Kinder U3 (auch die von nicht berufstätigen Personen) - werden sich demzufolge die Transferleistungen erhöhen. Auch wenn keine 100%ige Heranziehung der Eltern erfolgt, ist mit höheren Erträgen als 2012 zu rechnen.

In der Eingliederungshilfe (Produkt 3200) werden sich die Transfererträge wahrscheinlich um 166 T€ erhöhen. Der Ansatz wurde in Anlehnung an das Ergebnis 2011 gebildet, das Ergebnis 2012 betrug rd. 290 T€. Dieses Ergebnis wurde 2013 bereits im Mai erreicht. Es ist also mit Mehrerträgen zu rechnen, die über den Ansatz hinaus gehen. Dabei ist allerdings zu beachten, dass Mehrerträge immer mit Mehraufwendungen einhergehen. Daher ist eine positive Entwicklung der Ertragslage im Gesamtergebnis nicht immer positiv zu werten.

Der Ansatz für Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen bei Produkt 3210 wurde hinsichtlich der Zahlungen des Landes aus dem Jugendhilfelausgleich zu niedrig gebildet (+ 93,5 T€). Mit Ertragsverlusten im Transferbereich ist hingegen bei den Unterhaltsvorschussleistungen (- 250 T€) und bei der Hilfe für junge Volljährige (- 75 T€) zu rechnen. Die Rückholquote im Bereich UVG liegt derzeit bei 11%, eine Quote von 20% wird 2013 nicht erreicht werden, eine Erhöhung der Pauschalwertberichtigung von derzeit 40% sollte für diesen Bereich daher vorgenommen werden.

Im Aufwandsbereich wird im UVG-Bereich analog zu den Erträgen mit geringeren Transferaufwendungen (- 200 T€) gerechnet. Die Transferaufwendungen im Produkt 3151 (Betreuter Umgang nach § 18 SGB VIII) sind ebenfalls rückläufig (- 135 T€).

Bei den sonstigen ordentlichen Erträgen des Jugendamtes handelt es sich überwiegend um die Erträge des Umsteuerungskonzepts des Jugendamtes. Die Prognose wurde um rd. 315 T€ angehoben, um damit den bisherigen Erträgen zum Berichtsstichtag Rechnung zu tragen. Insgesamt ist bislang zusätzlicher Personalaufwand in Höhe von rd. 188 T€ im Rahmen des Umsteuerungskonzeptes (ohne Ansatz) entstanden. Dieser Aufwand ist durch die Erträge des Umsteuerungskonzepts gedeckt.

Teilhaushalt 04 – Gesundheit und Sport

Beschreibung	Ansatz Haushalt 2013	Prognose zum 31.12.2013	Veränderung absolut	Veränderung prozentual	Ergebnis zum 30.04.2013	Prozentuale Ausschöpfung des Ansatzes
Summe der ordentlichen Erträge	163.600 €	163.600 €	0 €	0,0%	54.705 €	33,4%
Summe der ordentlichen Aufwendungen	2.441.314 €	2.249.514 €	-191.800 €	-7,9%	548.707 €	22,5%
Verwaltungsergebnis	-2.277.714 €	-2.085.914 €	191.800 €	-8,4%	-494.002 €	21,7%
Finanzergebnis						
Ordentliches Ergebnis	-2.277.714 €	-2.085.914 €	191.800 €	-8,4%	-494.002 €	21,7%
Außerordentliches Ergebnis	-5.500 €	-5.277 €	223 €	-4,1%	223 €	-4,1%
Jahresergebnis	-2.283.214 €	-2.091.191 €	192.023 €	-8,4%	-493.779 €	21,6%

Im Teilhaushalt 04 gibt es lediglich eine Abweichung der Prognose vom Ansatz im Bereich der Personalaufwendungen. Diese verringern sich voraussichtlich um 191,8 T€ gegenüber dem Haushaltsansatz. Hiervon entfallen 117,7 T€ auf das Produkt Gesundheitshilfen und Prävention sowie 74,1 T€ auf das Produkt Gesundheitsschutz. Grund hierfür ist die Nichtbesetzung der Fachdienstleitung und der stellvertretenden Fachdienstleitung des Gesundheitsamtes.

Teilhaushalt 05 – Gestaltung der Umwelt

Beschreibung	Ansatz Haushalt 2013	Prognose zum 31.12.2013	Veränderung absolut	Veränderung prozentual	Ergebnis zum 30.04.2013	Prozentuale Ausschöpfung des Ansatzes
Summe der ordentlichen Erträge	5.352.555 €	5.399.851 €	47.296 €	0,9%	3.267.923 €	61,1%
Summe der ordentlichen Aufwendungen	11.495.053 €	11.309.920 €	-185.133 €	-1,6%	4.177.124 €	36,3%
Verwaltungsergebnis	-6.142.498 €	-5.910.069 €	232.429 €	-3,8%	-909.201 €	14,8%
Finanzergebnis						
Ordentliches Ergebnis	-6.142.498 €	-5.910.069 €	232.429 €	-3,8%	-909.201 €	14,8%
Außerordentliches Ergebnis	-2.805.000 €	-2.694.986 €	110.014 €	-3,9%	105.222 €	-3,8%
Jahresergebnis	-8.947.498 €	-8.605.055 €	342.443 €	-3,8%	-803.979 €	9,0%

Das ordentliche Ergebnis verbessert sich voraussichtlich um rd. 232,4 T€. Es wird mit Mehrerträgen i. H. v. rd. 47,3 T€ gegenüber der Veranschlagung gerechnet. Die Kalkulation auf der ordentlichen Aufwandsseite sieht Einsparungen i. H. v. rd. 185,1 T€ vor.

Die Verbesserung auf der Ertragsseite ist fast ausschließlich auf höhere Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen im ÖPNV-Bereich i. H. v. rd. 46,8 T€ zurückzuführen. Es handelt sich hierbei um die Infrastrukturkostenhilfe des Landes. Da diese 1:1 an die Städte und Gemeinden weitergeleitet wird, entsteht hier parallel ein Mehraufwand in gleicher Höhe.

Zur Ergebnisverbesserung tragen niedrigere Personalaufwendungen (- 131,3 T€) bei. Diese resultieren aus Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung, aus der zeitweisen Vakanz von Stellen, aus einer Erkrankung ohne Lohnfortzahlung sowie aus der Umsetzung von Beschäftigten. Betroffen sind in diesem Teilhaushalt die Produkte 5010, 5020, 5051, 5111, 5130 und 5141.

Auch bei den Sach- und Dienstleistungen wird mit Ergebnisverbesserungen i. H. v. 93,1 T€ kalkuliert. Diese Verbesserung auf der Aufwandsseite ist ausschließlich auf die SPNV-Mehrleistungen im Öffentlichen Personennahverkehr zurückzuführen.

Ebenfalls im ÖPNV-Bereich wurden außerordentliche Erträge i. H. v. rd. 118,8 T€ erzielt. Es handelt sich um periodenfremde Erträge durch den Verkehrsverbund Rhein-Neckar (RVN).

Teilhaushalt 06 – Zentrale Finanzleistungen

Beschreibung	Ansatz Haus- halt 2013	Prognose zum 31.12.2013	Veränderung absolut	Veränderung prozentual	Ergebnis zum 30.04.2013	Prozentuale Ausschöpfung des Ansatzes
Summe der ordentlichen Erträge	135.447.700 €	135.447.700 €	0 €	0,0%	71.394.661 €	52,7%
Summe der ordentlichen Aufwendungen	49.509.000 €	49.509.000 €	0 €	0,0%	46.997.606 €	94,9%
Verwaltungsergebnis	85.938.700 €	85.938.700 €	0 €	0,0%	24.397.055 €	28,4%
Finanzergebnis	-9.296.100 €	-6.715.020 €	2.581.080 €	-27,8%	-3.346.772 €	36,0%
Ordentliches Ergebnis	76.642.600 €	79.223.680 €	2.581.080 €	3,4%	21.050.282 €	27,5%
Außerordentliches Ergebnis		-239 €	-239 €		-239 €	
Jahresergebnis	76.642.600 €	79.223.441 €	2.580.841 €	3,4%	21.050.043 €	27,5%

Im Verwaltungsergebnis des Teilhaushaltes 06 werden keine Abweichungen zu den Planansätzen erwartet. Das Finanzergebnis wird sich voraussichtlich um rd. 2.581 T€ verbessern.

Die Finanzerträge verringern sich um 320 T€. Es handelt sich um Wenigererträge bei Bankzinsen aus Derivatgeschäften aufgrund der niedrigen Geldmarktzinsen (insbesondere bei Derivaten zur Zinssicherung von Kassenkrediten auf EONIA-Basis).

Bei den Zinsaufwendungen werden Einsparungen in Höhe von 2.900 T€ erwartet. Es handelt sich um Wenigeraufwendungen bei den Zinsen für Investitionskredite von 250 T€ wegen der reduzierten bzw. späteren Kreditaufnahme (der Restbetrag der Kreditermächtigung 2011 von rd. 1,9 Mio. € wurde in Abgang gestellt, bisher wurden die Kreditermächtigungen 2012 und 2013 noch nicht in Anspruch genommen) sowie der günstigen Zinskonditionen am Kapitalmarkt sowie um Wenigeraufwendungen bei Bankzinsen für Kassenkredite von 2.650 T€ aufgrund des niedrigen Zinsniveaus, insbesondere bei dem für den überwiegenden Teil der Kassenkredite geltenden EONIA-Zinssatz.

Gesamtfinanzhaushalt

Nr.	Beschreibung	Haushalt Ansatz 2013	Prognose zum 31.12.2013	Veränderung
1	Jahresergebnis der Gesamtergebnisrechnung	-30.554.623 €	-24.070.169 €	6.484.454 €
2	Zahlungsunwirksame Vorgänge	6.308.620 €	6.308.620 €	0 €
3	Finanzmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit	-24.246.003 €	-17.761.549 €	6.484.454 €
4	Einzahlungen aus Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	2.689.600 €	2.689.600 €	0 €
5	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenstände d. Sachanlagevermögens u. immateriellen AV	0 €	0 €	0 €
6	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und immateriellen Anlagevermögens	-5.101.280 €	-5.101.280 €	0 €
7	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	743.300 €	743.300 €	0 €
8	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-798.000 €	-798.000 €	0 €
9	Finanzmittelfluss aus Investitionstätigkeit	-2.466.380 €	-2.466.380 €	0 €
10	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und der Begebung von Anleihen	232.065.380 €	225.565.380 €	-6.500.000 €
11	Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten und Anleihen	-205.655.100 €	-204.949.000 €	706.100 €
12	Finanzmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit	26.410.280 €	20.616.380 €	-5.793.900 €
13	Finanzmittelüberschuss/-fehlbedarf des Haushaltsjahres (Pos. 3, 9 und 12)	-302.103 €	388.451 €	690.554 €

Zu Nr. 06: Im Bereich der Kreisstraßen entstehen bei den Maßnahmen K 11, Ausbau OD Ober-Liebersbach, K 53, Ausbau OD Linnenbach und K 55, Ausbau Knoden-Raidelbach Mehrkosten, die zu über- bzw. außerplanmäßigen Auszahlungen führen. Die Deckung erfolgt durch Kürzung anderer Ansätze. Die genauen Zahlen stehen gegenwärtig noch nicht fest.

Zu Nr. 10: Die Kreditaufnahme setzt sich zusammen aus

- 222.150.000 € Kreditaufnahme für Kassenkredite (- 6.500.000 €) und
- 3.415.380 € Kreditaufnahme für Investitionskredite.

Der Kassenkreditbestand erhöht sich zum Jahresende damit voraussichtlich von rd. 251,75 Mio. € (Stand zum 31.12.2012) um rd. 22,2 Mio. € auf rd. 274 Mio. €. Zum 30.04.2013 beträgt der Stand der Kassenkredite 263,3 Mio. €.

Seit 2010 ist im Rahmen des Finanz- und Controllingberichts über die aufgenommenen Investitionskredite sowie über die abgeschlossenen Derivativen Finanzierungsinstrumente zu berichten. Im Jahr 2013 wurden folgende Abschlüsse getätigt:

Der Portfoliobeirat hat in seiner Sitzung am 14.02.2013 beschlossen, die Ausschreibung eines Kassenkredites über 40 Mio. € mit Valuta zum 04.04.2013 vorzunehmen, da an diesem Tag die Laufzeit eines 2-jährigen Kassenkredites über 32 Mio. €, der bei der NRW-Bank aufgenommen wurde, endet. Der Kredit war erneut auszuschreiben, da er nicht zurückgezahlt werden kann. Zusätzlich sollten weitere 8 Mio. € aufgenommen werden. Nach erfolgter Ausschreibung hat Dez. II entschieden, einen entsprechenden Vertragsabschluss mit der Hessischen Landesbank über eine Laufzeit von drei Jahren zu einem Zinssatz von 1,10 % p.a. herbeizuführen.

Der Portfoliobeirat hat in derselben Sitzung ebenfalls beschlossen, dass zur Zinssicherung von Kassenkrediten ein EONIA-Zinsswap über 30 Mio. € mit einer Laufzeit von drei Jahren, sofort beginnend, abgeschlossen werden soll, falls ein Zinssatz von maximal 0,50 % erreicht werden kann. Auf Grundlage der daraufhin eingeholten Angebote erfolgte daher die Vergabe eines EONIA-Zinsswaps mit einem Volumen von 30,0 Mio. € zu einem Festzinssatz von 0,447 % (Laufzeit: 25.02.2013 – 29.02.2016) an die SEB AG, Frankfurt, entsprechend der Ausschreibung.

Zu Nr. 11: Die Tilgung von Krediten setzt sich zusammen aus

- 200.000 T€ Tilgung für Kassenkredite und
- 4.949 T€ Tilgung für Investitionskredite (- 706,1 T€).

Die Auszahlung für die Tilgung von Investitionskrediten verringern sich um 706,1 T€ auf 4.949 T€, da aufgrund der reduzierten und späteren Kreditaufnahmen im Jahr 2013 geringere Tilgungsleistungen als veranschlagt zu erbringen sind.

Kommunaler Schutzschirm

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 10.12.2012 beschlossen, dass der Kreis Bergstraße am Kommunalen Schutzschirm des Landes Hessen teilnimmt. Mit den in Anspruch genommenen Entschuldungshilfen i. H. v. rd. 74,2 Mio. € ist die Verpflichtung verbunden, den Kreishaushalt spätestens im Jahr 2020 im ordentlichen Ergebnis auszugleichen. Hierzu wurde für den Zeitraum von 2013 bis 2020 ein Konsolidierungspfad (Anlage 1 zum Konsolidierungsvertrag zwischen dem Land Hessen und dem Kreis Bergstraße) vereinbart, in welchem der jährliche Abbau des Defizits je Einwohner festgelegt wurde. Ferner wurden produktbezogen 15 Konsolidierungsmaßnahmen (Anlage 2 zum Konsolidierungsvertrag zwischen dem Land Hessen und dem Kreis Bergstraße) vereinbart, in welchen Ertragszuwächse und Aufwandsreduzierungen festgelegt wurden.

Abweichungen vom Konsolidierungsziel, dem Konsolidierungspfad und von den Konsolidierungsmaßnahmen können als „Prognosestörungen“ durch das Land sanktioniert werden, wenn sie durch den Kreis zu vertreten sind. Da Prognosestörungen bis 2020 unvermeidlich sind, muss im Einzelfall nachgewiesen werden, dass sie für den Kreis unvorhersehbar und unabweisbar sind. Hierzu ist es erforderlich, die Zielabweichung, deren Ursache, die Mehrbelastung sowie mögliche Gegenmaßnahmen umfassend zu beschreiben. Zur Identifikation und Dokumentation von Prognose-

törungen hat das Finanz- und Rechnungswesen ein Formular entwickelt und die Produktverantwortlichen mit Rundschreiben vom 16.01.2013 aufgefordert, Prognosestörungen frühzeitig zu melden.

Die voraussichtlichen Abweichungen vom Konsolidierungspfad (Anlage 1 zum Konsolidierungsvertrag) wirken sich im Haushaltsvollzug des Jahres Haushaltsjahres 2013 voraussichtlich wie folgt auf das Ordentliche Ergebnis aus:

Produktbereich	Vorgabe Schutzschirm: Ergebnis je Einwohner	Vorgabe Schutzschirm: Ergebnis absolut in T€	Prognose Ergebnis absolut in T€	Prognose Ergebnis je Einwohner	Differenz absolut in T€	Differenz je Einwohner
01 Innere Verwaltung	-41,88 €	-11.000	-10.850	- 41,31 €	150	0,57 €
02 Sicherheit und Ordnung	-10,33 €	-2.713	-2.690	- 10,24 €	23	0,09 €
03 Schulträgeraufgaben	5,52 €	1.450	4.644	17,68 €	3.194	12,16 €
04 Kultur und Wissenschaft	-1,48 €	-389	-377	- 1,43 €	12	0,05 €
05 Soziale Leistungen	-184,79 €	-48.535	-48.875	- 186,08 €	- 340	- 1,29 €
06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	-130,33 €	-34.231	-33.613	- 127,98 €	618	2,35 €
07 Gesundheitsdienst	-8,00 €	-2.101	-1.909	- 7,27 €	192	0,73 €
08 Sportförderung	-0,67 €	-176	-176	- 0,67 €	0	0,00 €
09 Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformation	-2,38 €	-625	-566	- 2,15 €	59	0,23 €
10 Bauen und Wohnen	-1,27 €	-334	-267	- 1,02 €	67	0,25 €
12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	-13,10 €	-3.441	-3.340	- 12,72 €	101	0,38 €
13 Natur- und Landschaftspflege	-2,45 €	-643	-609	- 2,32 €	34	0,13 €
14 Umweltschutz	-0,93 €	-244	-273	- 1,04 €	- 29	- 0,11 €
15 Wirtschaft und Tourismus	-3,26 €	-856	-856	- 3,26 €	0	0,00 €
16 Allgemeine Finanzwirtschaft	291,81 €	76.644	79.224	301,63 €	2.580	9,82 €
Summe ordentliches Ergebnis	-103,54 €	-27.195	-20.533	- 78,18 €	6.662	25,36 €

Controllingbericht I/2013

Zu 28 der 69 Produkte im Haushaltsplan 2013 wurden 47 Ziele mit 47 Kennzahlen (i.d.R. Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung) definiert. Im Nachfolgenden sind diese Produkte, Ziele und Kennzahlen mit ihren derzeitigen und prognostizierten Zielerreichungsgraden wie folgt dargestellt:

Ist = Wert zum Abfragezeitpunkt 30. April 2013

Prognose = gemäß Einschätzung der Produktverantwortlichen zum 31.12.2013 voraussichtlich erreichter Zielerreichungsgrad

Monitor = Einschätzung des Abweichungsgrades sowie des Steuerungsbedarfs:

- Monitor "weiß": Verbesserung gegenüber dem Planwert; Ziel wird voraussichtlich erreicht oder übererfüllt; Steuerungsmaßnahmen nicht erforderlich (bei 38 Kennzahlen = 81 %)

- Monitor "grau": Verschlechterung gegenüber dem Planwert; Ziel wird voraussichtlich nicht erreicht; Steuerungsmaßnahmen jedoch nicht möglich, nicht notwendig oder bereits durch die Produktverantwortlichen ergriffen (bei 9 Kennzahlen = 19 %)

- Monitor "schwarz": Verschlechterung gegenüber dem Planwert; Ziel wird voraussichtlich nicht erreicht; Steuerungsmaßnahmen jedoch noch möglich oder noch notwendig, ggfs. auch durch die Kreisgremien (bei 0 Kennzahlen = 0%).

Sofern Kennzahlen in %-Werten (Verhältniskennzahlen) angegeben sind, sind die absoluten Werte (Zähler/Nenner) in diesen Fällen wiederum jeweils im 2. Tabellenblock dargestellt.

Soweit die Ziele bzw. Kennzahlen im Haushaltsjahr 2012, 2011, 2010 und 2009 bereits bestanden und Ergebnisse aus den jeweiligen Jahresabschlüssen vorlagen, sind diese zur Vergleichbarkeit und Orientierung incl. jeweiliger Abweichung Plan/Ist (in Kursivdruck) mit angegeben.

Produkt:	HHJ	Plan	Ist	Prog./ Abw.	M
----------	-----	------	-----	-------------	---

1051 Personalmanagement und -entwicklung

1 Deckelung der Personalaufwendungen

Festschreibung der Höhe der Personalaufwendungen (in Mio. €)

Kennzahl (absolut): Personalaufwendungen in € / Summe der ordentlichen Aufwendungen in €

Gründe der Abweichung: Die Personalaufwendungen verringern sich um voraussichtlich 633,5 T€. Diese Einsparung ergibt sich aus Personalbewirtschaftungsmaßnahmen sowie aus einem voraussichtlichen Wenigerbedarf bei Beihilfen und Unterstützungsleistungen an aktive Beamte und Arbeitnehmer (- 44 T€). Dem steht ein Mehraufwand i. H. v. 6,4 T€ aus einer Beitragserhöhung der Unfallversicherung (Berufsgenossenschaft) gegenüber. Die Personalbewirtschaftungsmaßnahmen beinhalten insbesondere den Verzicht auf Wiederbesetzung bzw. die verzögerte Wiederbesetzung vakanter Stellen (Stellenanteile), die interne Besetzung von Stellen (hierdurch Reduzierung von Personalkosten) sowie Erkrankungen ohne Lohnfortzahlungen.

I/2013	33,9179	10,442	33,2844	
JA 2012	32,4707	32,3247	-0,45 %	
JA 2011	31,4555	32,5287	3,41 %	
JA 2010	31,143	32,5655	1,3 %	
JA 2009	30,6	30,9	1 %	

Produkt:

2

Personalaufwandsquote = Personalaufwendungen x 100 / Summe der ordentlichen Aufwendungen
 Kennzahl (absolut): Personalaufwendungen in € / Summe der ordentlichen Aufwendungen in €
 Gründe der Abweichung: Sh. Erläuterungen zu 1)

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Eine unterjährige Betrachtung dieser Kennzahl ist nicht sinnvoll, da es sich um jahresbezogene Aufwendungen handelt.

HHJ Plan Ist Prog./ Abw. M

I/2013	10,45 %	sh. Erl.	10,33 %	
JA 2012	10,09 %	10,21 %	1,19 %	
JA 2011	9,93 %	10,48 %	5,5 %	
JA 2010	10,02 %	10,77 %	2,9 %	
JA 2009	10,17 %	10,48 %	3 %	

I/2013	33,9179 / 324,6653	sh. Erl.	33,2844 / 322,1097	
JA 2012	32,4707 / 321,6947	32,3247 / 316,4478	1,19 %	
JA 2011	31,4555 / 316,9127	32,5287 / 310,4662	5,5 %	
JA 2010	31,143 / 310,826	32,5655 / 302,2369	2,9 %	
JA 2009	30,9343 / 304,202	31,0304 / 296,233	3 %	

1081 Zentrale Dienste und Fuhrpark**1 Die Kunden im Bürgerbüro sind mit den Öffnungszeiten, dem Leistungsangebot und dem Service insgesamt zufrieden und erteilen im Durchschnitt die Note "gut" (schriftliche Umfrage, Fragebogen)**

- a Notendurchschnitt der Fragebögen (gut = 2) in Bezug auf die Zufriedenheit mit den Öffnungszeiten
 Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Durchschnittswert aus 114 Befragungsbögen.

I/2013	2	1,25	2	
JA 2012	2	1,27	-37 %	
JA 2011	2	1,33	-34 %	

- b Notendurchschnitt der Fragebögen (gut = 2) in Bezug auf die Zufriedenheit mit den Leistungsangeboten im Bürgerbüro
 Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Sh. 1)

I/2013	2	1,28	2	
JA 2012	2	1,26	-37 %	
JA 2011	2	1,27	-37 %	

- c Notendurchschnitt der Fragebögen (gut = 2) in Bezug auf die Zufriedenheit mit dem Service insgesamt
 Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Sh. 1)

I/2013	2	1,21	2	
JA 2012	2	1,18	-41 %	
JA 2011	2	1,18	-41 %	

Produkt:**HHJ Plan Ist Prog./ Abw. M****1261 Zulassungs- und Fahrerlaubniswesen****1 Reduzierung der Warte- und Bearbeitungszeiten**

Durchschnittliche Bearbeitungszeit im Teilbereich "Zulassungen" (in Minuten)
 (gemessen ab dem ersten Kontakt bei Eintritt = Empfang Wartemarke bis zum letzten
 Bearbeitungsschritt = Zahlung an der Kasse)

Gründe der Abweichung: Positive Auswirkungen können durch spätes Frühjahr witterungsbedingt
 ausgelöst sein.

I/2013	max. 30	22	29	
JA 2012	max. 30	23	-23 %	
JA 2011	max. 30	35	17 %	
JA 2010	max. 30	32	7 %	

1300 Fleischhygiene**1 Vollständige Schlachttier- und Fleischuntersuchung**

Anzahl der untersuchten Tiere / Anzahl der geschlachteten Tiere gesamt

I/2013	100 %	100 %	100 %	
JA 2012	100 %	100 %	0 %	
JA 2011	100 %	100 %	0 %	
JA 2010	100 %	100 %	0 %	
JA 2009	100 %	100 %	0 %	

I/2013	235.000 / 235.000	82.054 / 82.054	235.000 / 235.000	
JA 2012	231.500 / 231.500	240.659 / 240.659	0 %	
JA 2011	235.000 / 235.000	243.117 / 243.117	0 %	

2 Vollständiger Verbraucherschutz

Anzahl der zum Verzehr freigegebenen Tiere / Anzahl der untersuchten Tiere gesamt

I/2013	95 %	98 %	95 %	
JA 2012	96 %	99 %	3 %	
JA 2011	95 %	97 %	2 %	
JA 2010	95 %	95 %	0 %	

I/2013	223.250 / 235.000	80.413 / 82.054	223.250 / 235.000	
JA 2012	222.240 / 231.500	240.567 / 240.659	3 %	
JA 2011	223.250 / 235.000	235.823 / 243.117	2 %	

1311 Allgemeines Veterinärwesen

1 Tierschutz durch Überwachung gewerblicher und privater Tierhaltungen

Anzahl der überprüften Tierhaltungen

Gründe der Abweichung: Durch das Fehlen von Verwaltungspersonal, das nicht vorhersehbar war, müssen die Amtstierärzte und Tiergesundheitsaufseher mehr Verwaltungsarbeiten übernehmen.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Eine Mitarbeiterin, die nur Teilzeit im Amt für Gesundheit, Veterinärwesen und Verbraucherschutz ist, soll Vollzeit dort eingesetzt werden.

I/2013	890	110	500	
JA 2012	935	564	-40 %	
JA 2011	1.000	638	-36 %	

2 Überprüfung von Lebensmittelbetrieben

Anzahl der überprüften Lebensmittelbetriebe

Gründe der Abweichung: Personell bedingter Ausfall von Überprüfungen.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Es wurde ein weiterer Lebensmittelkontrolleur zur Fortbildung eingestellt. Er wird seine Fortbildung voraussichtlich im Jahr 2014 beenden, so dass dann mit deutlich mehr durchgeführten Kontrollen zu rechnen ist.

I/2013	2.350	588	2.000	
JA 2012	2.230	1.866	-16 %	
JA 2011	2.150	2.600	21 %	

3 Schutz des Verbrauchers vor Gesundheitsschädigung, Täuschung und Irreführung

Anzahl der Überprüfungen auf besondere Veranlassung / Anzahl der eingegangenen Verbraucherbeschwerden im Bereich amtliche Lebensmittelüberwachung gesamt

I/2013	96 %	100 %	96 %	
JA 2012	95 %	100 %	5 %	
JA 2011	95 %	94 %	-1 %	
JA 2010	95 %	100 %	5 %	
JA 2009	95 %	100 %	5 %	

I/2013	73 / 76	22 / 22	73 / 76	
JA 2012	72 / 76	45 / 45	5 %	
JA 2011	66 / 70	62 / 66	-1 %	

Produkt:

HHJ Plan Ist Prog./ Abw. M

4 Vorbeugende Tierseuchenbekämpfung, Überprüfung der Einhaltung der tierseuchenrechtlichen Bestimmungen (national und EU-Recht)

Anzahl der überprüften Betriebe im Rahmen der Tierseuchenbekämpfung

I/2013	320	58	250	
--------	-----	----	-----	--

Gründe der Abweichung: Durch das Fehlen von Verwaltungspersonal, das nicht vorhersehbar war, müssen die Amtstierärzte und Tiergesundheitsaufseher mehr Verwaltungsarbeiten übernehmen.

JA 2012	315	81	-74 %	
JA 2011	320	293	-8 %	

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Eine Verwaltungsmitarbeiterin, die zur Zeit nur Teilzeit im Amt für Gesundheit, Veterinärwesen und Verbraucherschutz eingesetzt ist soll dort Vollzeit eingesetzt werden.

5 Überprüfung der Einhaltung von Cross-Compliance-Verpflichtungen von Betriebsinhabern

Durchführung aller vorgegebenen Kontrollen, die von der Aufsichtsbehörde gefordert sind

I/2013	100 %	29 %	100 %	
--------	-------	------	-------	--

Gründe der Abweichung: Die Aufsichtsbehörde hat die Kontrollen im Kreis Bergstraße im HHj. 2013 auf 31 Kontrollen erhöht. Die Liste mit den durchzuführenden Kontrollen lag uns Anfang April 2013 vor.

JA 2012	100 %	100 %	0 %	
---------	-------	-------	-----	--

I/2013	24 / 24	7 / 24	31 / 31	
--------	---------	--------	---------	--

JA 2012	24 / 24	52 / 52	0 %	
---------	---------	---------	-----	--

1331 Aufenthalts-, Personenstandsrecht und Ausländerbeauftragte**1 Integration der Migrationsbevölkerung im Kreis Bergstraße**

Anzahl der Personen, die durchgängig an einem Integrationskurs teilgenommen haben / gesamte Integrationskursteilnehmer/-innen (IKT)

(betrachtet werden die letzten 10 beendeten Kurse; durchgängige IKT 143 / gesamte IKT 179 = 80 %)

I/2013	80 %	81 %	80 %	
--------	------	------	------	--

JA 2012	80 %	79 %	1 %	
---------	------	------	-----	--

JA 2011	80 %	70 %	-13 %	
---------	------	------	-------	--

JA 2010	80 %	71 %	-11 %	
---------	------	------	-------	--

JA 2009	88 %	80 %	-9 %	
---------	------	------	------	--

I/2013	143 / 179	137 / 170	136 / 170	
--------	-----------	-----------	-----------	--

JA 2012	143 / 179	135 / 172	1 %	
---------	-----------	-----------	-----	--

JA 2011	143 / 179	129 / 184	-13 %	
---------	-----------	-----------	-------	--

JA 2010	143 / 179	127 / 179	-11 %	
---------	-----------	-----------	-------	--

JA 2009	168 / 190	163 / 203	-9 %	
---------	-----------	-----------	------	--

1361 Brand- und Katastrophenschutz**1 Brandschutz: Durchführung der Gefahrenverhütungsschauen innerhalb der gesetzlich definierten Frist**

Durchgeführte Gefahrenverhütungsschauen innerhalb der gesetzlich definierten Frist /
durchzuführende Gefahrenverhütungsschauen

I/2013	100 %	38 %	100 %	
JA 2012	100 %	92 %	-8 %	
JA 2011	69 %	61 %	-12 %	
JA 2010	69 %	53 %	-23 %	
JA 2009	100 %	59 %	-41 %	

I/2013	200 / 200	75 / 200	200 / 200	
JA 2012	250 / 250	229 / 250	-8 %	
JA 2011	250 / 360	218 / 360	-12 %	
JA 2010	250 / 360	192 / 360	-23 %	
JA 2009	300 / 300	176 / 300	-41 %	

2 Brandschutz: Durchführung mindestens einer Fortbildungsveranstaltung für Feuerwehrführungskräfte nach Dienstgraderlass

Aus- / Fortbildungsstunden je Feuerwehrführungskraft (min. 6 Std. / FFü)

I/2013	min. 6	8	8	
JA 2012	min. 6	8	33 %	
JA 2011	min. 6	8	33 %	
JA 2010	min. 6	8	33 %	
JA 2009	min. 6	7	17 %	

3 Katastrophenschutz: Erhöhung der Anzahl der Stabsmitglieder

Anzahl der Stabsmitglieder am 31.12.

Gründe der Abweichung: Sinkende Bereitschaft zur Mitwirkung im Stab. Wir haben zwar 94 Mitglieder, die zur Stabsarbeit angemeldet sind, die tatsächliche Zahl der aktiven Stabsmitglieder liegt allerdings nur bei ca. 20 Personen. Die Kolleginnen und Kollegen geben den hohen Zeitbedarf für die Ausbildung als Hinderungsgrund für eine regelmäßige Beteiligung an der Aus- und Fortbildung in der Stabsarbeit an.

I/2013	100	95	95	
JA 2012	100	94	-6 %	
JA 2011	100	95	-5 %	
JA 2010	95	91	-4 %	
JA 2009	92	86	-7 %	

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Reduzierung der Ausbildungsveranstaltungen von 4 auf 2 Stunden.

Produkt:**4 Katastrophenschutz: Weiterführung der Ausbildung der Stabsmitglieder**

Thematische Ausbildungsveranstaltungen für die Stabsmitglieder

	HHJ	Plan	Ist	Prog./ Abw.	M
I/2013	min. 4	1	4		
JA 2012	min. 4	5	25 %		
JA 2011	min. 4	6	50 %		
JA 2009	-	6	-		

2010 Grundschulen**1 Ausbau des Betreuungsangebots "Familienfreundlicher Kreis Bergstraße" an Grundschulen**

Anzahl Grundschulen mit Betreuungsangebot "Familienfreundlicher Kreis Bergstraße"/ Anzahl antragsberechtigte Grundschulen gesamt

Gründe der Abweichung: Bei Erstellung des Planwertes 2013 wurde fälschlicherweise von einer Schule mehr im Betreuungsangebot "Familienfreundlicher Kreis Bergstraße" ausgegangen, die allerdings erst zum Beginn des Schuljahres 2013/14 mit diesem Angebot startet (Schloßhofschule Mörlenbach).

Derzeit sind somit also nur 23 Schulen im Betreuungsangebot "Familienfreundlicher Kreis Bergstraße". Zu dem Betreuungsangebot hinzu kommt im Schuljahr 2013/14 noch die Steinerwaldschule Biblis. Da die Grundschule Elmshausen zum Schuljahr 2013/14 in das Ganztagsprogramm des Landes wechselt, werden zum 31.12.2013 insgesamt 24 Schulen im Betreuungsangebot "Familienfreundlicher Kreis Bergstraße" erwartet.

(Anmerkung Controlling: Der Planwert 2013 wäre insofern nachträglich auf 65 % bzw. absolut auf 24 / 37 zu korrigieren; eine Planabweichung läge bzw. liegt demzufolge zum Jahresende 2013 voraussichtlich nicht vor.)

I/2013	68 %	62 %	65 %	
JA 2012	65 %	62 %	-5 %	
JA 2011	63 %	60 %	-5 %	
JA 2010	38 %	42 %	11 %	
I/2013	25 / 37	23 / 37	24 / 37	
JA 2012	24 / 37	23 / 37	-5 %	
JA 2011	22 / 35	21 / 35	-5 %	
JA 2010	13 / 35	15 / 35	11 %	

2 Ausbau der Ganztagsangebote an Grundschulen

Anzahl Grundschulen mit GT-Angeboten / Anzahl Grundschulen gesamt

Gründe der Abweichung: Zum Schuljahr 2013/14 wird nur eine Grundschule in das GTA-Landesprogramm aufgenommen (Grundschule Elmshausen). Seitens der übrigen Grundschulen wurde kein Antrag auf Aufnahme in das Programm gestellt. Das Antragsverfahren für das Schuljahr 2013/14 ist bereits abgeschlossen.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Weitere Werbung bei den Grundschulen mit dem Ziel, sie für die Aufnahme in das GTA-Landesprogramm für das Schuljahr 2014/15 zu gewinnen.

I/2013	27 %	23 %	25 %	
JA 2012	23 %	23 %	0 %	
JA 2011	21 %	21 %	0 %	
JA 2010	10 %	21 %	110 %	
I/2013	13 / 48	11 / 48	12 / 48	
JA 2012	11 / 48	11 / 48	0 %	
JA 2011	10 / 48	10 / 48	0 %	
JA 2010	5 / 48	10 / 48	110 %	

2021 Kombinierte Schulformen

1 Ausbau der Ganztagsangebote an kombinierten Schulen

Anzahl kombinierter Schulen mit GT-Angeboten / Anzahl kombinierte Schulen gesamt

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Von den kombinierten Schulen ist bislang nur die Nibelungenschule in Lampertheim-Hofheim noch nicht im GTA-Landesprogramm. Die Schule ist mit dem Grundschulzweig im Angebot "Familienfreundlicher Kreis Bergstraße". Weitere Werbung bei der Schule mit dem Ziel, sie für die Aufnahme in das GTA für das Schuljahr 2014/15 zu gewinnen.

I/2013	94 %	94 %	94 %	
JA 2012	94 %	94 %	0 %	
JA 2011	88 %	88 %	0 %	
JA 2010	100 %	93 %	-7 %	
I/2013	15 / 16	15 / 16	15 / 16	
JA 2012	15 / 16	15 / 16	0 %	
JA 2011	14 / 16	14 / 16	0 %	
JA 2010	16 / 16	15 / 16	-7 %	

2 Erfolgreich absolvierte Schulabschlüsse im Bereich Hauptschule mittels des Projekts "SchuB" (Schule und Betrieb)

Anzahl der erfolgreich absolvierten Schulabschlüsse in SchuB-Klassen im Bereich Hauptschule /

Anzahl der insgesamt absolvierten Schulabschlüsse in SchuB-Klassen im Bereich Hauptschule

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Der Ist-Wert bezieht sich auf die erreichten Abschlüsse zum Ende des Schuljahres 2011/12. Neue Daten werden erst wieder zum Ende des Schuljahres 2012/13 vorliegen.

I/2013	100 %	88 %	100 %	
JA 2012	100 %	88 %	-12 %	
JA 2011	100 %	95 %	-5 %	
JA 2010	100 %	90 %	-10 %	
JA 2009	100 %	98 %	-2 %	
I/2013	76 / 76	60 / 68	76 / 76	
JA 2012	76 / 76	60 / 68	-12 %	
JA 2011	82 / 82	59 / 62	-5 %	
JA 2010	52 / 52	47 / 52	-10 %	
JA 2009	59 / 59	58 / 59	-2 %	

Produkt:**HHJ Plan Ist Prog./ Abw. M****2040 Gymnasien****1 Ausbau der Ganztagsangebote an Gymnasien**

Anzahl Gymnasien mit GT-Angeboten / Anzahl Gymnasien gesamt

I/2013	100 %	100 %	100 %	
JA 2012	100 %	100 %	0 %	
JA 2011	100 %	100 %	0 %	
JA 2010	100 %	100 %	0 %	
I/2013	6 / 6	6 / 6	6 / 6	
JA 2012	6 / 6	6 / 6	0 %	
JA 2011	6 / 6	6 / 6	0 %	
JA 2010	6 / 6	6 / 6	0 %	

2080 Schülerbeförderung**1 Hohe Zufriedenheit in der Schülerbeförderung in Bezug auf Auslastung / Sitzplätze**

Anzahl der Beschwerden je 1.000 Schülerzeitkarten

I/2013	max. 2	0	0,44	
JA 2012	max. 2	0,42	-79 %	
JA 2011	max. 2	0,52	-74 %	
JA 2010	ohne	2	-	
I/2013	max. 13 / 6.769	0	3 / 6.769	
JA 2012	max. 15 / 7.170	3 / 7.170	-79 %	
JA 2011	max. 15 / 7.686	4 / 7.686	-74 %	

Produkt:**2 Hohe Zufriedenheit in der Schülerbeförderung in Bezug auf Wartezeit / Verspätung**

Anzahl der Beschwerden je 1.000 Schülerzeitkarten

HHJ	Plan	Ist	Prog./ Abw.	M
I/2013	max. 2	0,44	1,33	
JA 2012	max. 2	2,23	12 %	
JA 2011	max. 2	3,90	95 %	
JA 2010	ohne	2	-	

I/2013	max. 13 / 6.769	3 / 6.769	9 / 6.769	
JA 2012	max. 15 / 7.170	16 / 7.170	12 %	
JA 2011	max. 15 / 7.686	30 / 7.686	95 %	

3 Hohe Zufriedenheit in der Schülerbeförderung in Bezug auf die Busqualität

Anzahl der Beschwerden je 1.000 Schülerzeitkarten

HHJ	Plan	Ist	Prog./ Abw.	M
I/2013	max. 2	0	0,44	
JA 2012	max. 2	0,56	-72 %	
JA 2011	max. 2	0,26	-87 %	
JA 2010	ohne	1	-	

I/2013	max. 13 / 6.769	0	3 / 6.769	
JA 2012	max. 15 / 7.170	4 / 7.170	-72 %	
JA 2011	max. 15 / 7.686	2 / 7.686	-87 %	

2085 Schulverwaltung

1 Umsetzung der Maßnahmen und Ziele des Schulentwicklungsplanes bis 2016

Anzahl der umgesetzten Maßnahmen und erreichten Ziele / Gesamtzahl der geplanten Maßnahmen und Ziele

Gründe der Abweichung: Von den geplanten Maßnahmen ist der überwiegende Teil für das Schuljahr 2013/14 nicht erforderlich, da die Grund- und Hauptschulen mit jahrgangs- bzw. schulformübergreifendem Unterricht gesichert werden können und dafür derzeit auch kein neuer Zuschnitt der Grundschulbezirke erforderlich ist. In 2013/14 können voraussichtlich zwei Maßnahmen (internationales Abitur und Neuorganisation der Sprachheilabteilung) umgesetzt werden.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Weitere Beobachtung der Klassenbildungen und zeitnahe Abstimmung in Problemfällen mit dem Staatlichen Schulamt.

I/2013	36 %	0 %	18 %	
JA 2012	27 %	0 %	-100 %	
JA 2011	27 %	0 %	-100 %	
JA 2010	100 %	86 %	-14 %	
JA 2009	min. 50 %	80 %	60 %	

I/2013	4 / 11	0 / 11	2 / 11	
JA 2012	3 / 11	0 / 11	-100 %	
JA 2011	3 / 11	0 / 11	-100 %	

2 Ausbau der Beteiligung der Schüler an Betreuungsangeboten mit Mittagsversorgung

Anzahl der teilnehmenden Schüler an Betreuungsangeboten mit Mittagsversorgung / Anzahl der Schüler gesamt

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Die Prognosewerte sind geschätzte Werte. Beim Istwert I/2013 handelt es sich um endgültige Zahlen auf Basis des Schuljahres 2011/12. Für das Schuljahr 2012/13 liegen bislang nur die endgültigen Schülerzahlen insgesamt vor: 25.910 (Stichtag Herbststatistik). Die Anmeldungen an Angeboten mit Mittagsversorgungen an den Schulen im Schuljahr 2012/13 werden erst noch erhoben. Wir rechnen mit einer Beteiligungsquote von 25 % für das Schuljahr 2012/13.

I/2013	25 %	31 %	25 %	
JA 2012	25 %	28 %	12 %	
JA 2011	20 %	14 %	-30 %	

I/2013	6.423 / 25.693	8.211 / 26.708	6.478 / 25.910	
JA 2012	6.500 / 26.000	7.527 / 26.727	12 %	
JA 2011	-	3.671 / 27.095	-	

2100 Kreisvolkshochschule

1 Niedrige Ausfallquote

Anzahl Ausfälle Kurse / Anzahl angebotene geplante Kurse (jeweils ohne Berücksichtigung des Fachbereichs 1 - Gesellschaft)

I/2013	max 25 %	19 %	19 %	
JA 2012	max 25 %	17 %	-32 %	
JA 2011	max 25 %	17 %	-32 %	
JA 2010	max 25 %	17 %	-32 %	
JA 2009	max 25 %	15 %	-40 %	

I/2013	max. 232 / 925	94 / 483	176 / 925	
JA 2012	max. 232 / 925	174 / 1.031	-32 %	
JA 2011	max. 232 / 925	169 / 1.025	-32 %	
JA 2010	max. 232 / 925	167 / 1.007	-32 %	
JA 2009	max. 252 / 1.007	150 / 1.007	-40 %	

2

Deckungsbeitrag Stufe 1 (Zielwert bis 2013: 1,4)

Kennzahl (absolut): Teilnehmergebühren / Dozentenonorare (je in €)

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Schwerepunktmäßig erfolgen die Einnahmen (Gebühren) zum Semesterbeginn, die Ausgaben (Honorare) zum Semesterende. Daher ist eine unterjährige Betrachtung der Kennzahl nicht sinnvoll bzw. aussagekräftig.

I/2013	1,4	5,95	1,4	
JA 2012	1,4	1,4	0 %	
JA 2011	1,3	1,4	8 %	
JA 2009	-	1,3	-	

Erläuterung Kennzahl allgemein: Die Kennzahl zeigt, wie stark die Teilnehmergebühren nach Abzug der Dozentenonorare zur Deckung der weiteren Kosten beitragen (Quotient aus Gebühreneinnahmen und Honorarausgaben).

I/2013	575.000 / 419.900	266.700 / 44.800	585.000 / 415.400	
JA 2012	570.000 / 419.900	575.225 / 403.041	0 %	
JA 2011	526.300 / 391.500	560.000 / 404.800	8 %	
JA 2009	-	564.700 / 428.100	-	

Produkt:**3**

Kostendeckung (Zielwert bis 2013: 51:49)

Kennzahl (absolut): Teilnehmergebühren / Zuschüsse und Kostenersätze (je in €)

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Eine unterjährige Betrachtung der Kennzahl ist nicht möglich, da sowohl der Kreiszuschuss als auch der Landeszuschuss erst zu einem späteren Zeitpunkt überwiesen werden.

Erläuterung Kennzahl allgemein: Die Kennzahl zeigt das Verhältnis zwischen Gebühreneinnahmen und Einnahmen aus Zuschüssen.

HHJ	Plan	Ist	Prog./ Abw.	M
I/2013	51:49	sh. Erl.	52:48	
JA 2012	52:48	54:46	4 %	
JA 2011	51:49	52:48	2 %	
JA 2009	-	54:46	-	

I/2013	575.000 / 547.600	sh. Erl.	585.000 / 529.500	
JA 2012	570.000 / 526.800	575.200 / 483.700	4 %	
JA 2011	526.300 / 511.500	560.000 / 515.900	2 %	
JA 2009	-	564.700 / 475.500	-	

4

Zuschuss in € pro Unterrichtseinheit (UE) (Zielwert bis 2013: 26 €)

Kennzahl (absolut): Kreis- und Landeszuschuss in € / UE

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Sh. 3)

Erläuterung Kennzahl allgemein: Die Kennzahl beschreibt das absolute Niveau der Refinanzierung durch Zuschüsse für die Durchführung einer Unterrichtseinheit (Quotient aus Kreis-/Landeszuschuss und Unterrichtseinheiten).

HHJ	Plan	Ist	Prog./ Abw.	M
I/2013	32	sh. Erl.	31	
JA 2012	30	28	-7 %	
JA 2011	28	30	7 %	
JA 2009	-	26	-	

I/2013	536.400 / 17.000	sh. Erl.	517.000 / 16.700	
JA 2012	515.600 / 17.000	469.800 / 16.600	-7 %	
JA 2011	496.900 / 17.500	502.600 / 16.800	7 %	
JA 2009	-	461.900 / 17.500	-	

3120 Unterhaltsvorschussleistungen

1 Die Rückholquote aller Forderungsfälle beträgt im Jahr 2012 20 %

Summe der Einnahmen nach § 7 UVG x 100 / Summe der Ausgaben ./ Einnahmen nach § 5 UVG

Gründe der Abweichung: Personelle Unterbesetzung im Bereich UVG, mangelnde Zahlungsfähigkeit der Unterhaltsverpflichteten.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Eine exakte Voraussage ist, wie auch in den vergangenen Perioden, nicht möglich, da die Einnahmen im Bereich UVG starken Schwankungen unterliegen. Hochrechnungen des derzeitigen Ergebnisses sind nicht zielführend.

I/2013	20 %	11 %	sh. Erl.	
JA 2012	20 %	14,6 %	-27 %	
JA 2011	20 %	12,8 %	-36 %	
JA 2010	15 %	12,6 %	-15 %	
JA 2009	20 %	16,9 %	-16 %	

I/2013	-	66.024 / 603.630	sh. Erl.	
JA 2012	-	272.020 / 1.860.230	-	
JA 2011	-	263.870 / 2.059.567	-	
JA 2010	-	266.592 / 2.116.149	-	
JA 2009	327.500 / 1.637.632	276.200 / 1.637.632	-16 %	

Produkt:

HHJ Plan Ist Prog./ Abw. M

3140 Förderung von Kindern und Jugendlichen in Institutionen und in Tagespflege**1 Bis 2013 werden 35 % der unter dreijährigen Kinder im Kreis Bergstraße Tagesbetreuungsplätze zur Verfügung gestellt**

Belegte Tagespflegeplätze (KITAs und Tagespflegepersonen) mit unter Dreijährigen / Anzahl aller unter Dreijährigen

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Die geplanten (Aus-)Maßnahmen sind noch nicht abgeschlossen; der Kreis hat keinen Einfluss auf das Ausbaurverhalten der Kommunen.

I/2013	35 %	25 %	35 %	
JA 2012	35 %	30 %	-14 %	
JA 2011	35 %	21 %	-40 %	
JA 2010	35 %	20 %	-43 %	
JA 2009	35 %	14 %	-60 %	
I/2013	-	1.583 / 6.232	2.181 / 6.232	
JA 2012	-	1.865 / 6.232	-	
JA 2011	-	1.295 / 6.038	-	
JA 2010	-	1.215 / 6.135	-	
JA 2009	-	844 / 6.109	-	

3170 Hilfe zur Erziehung**1 Zur weiteren Vermeidung von Heimunterbringungen nach § 34 SGB VIII: Steigerung der Anzahl der Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in Vollzeitpflege nach § 33 SGB VIII, die durch den Pflegekinderdienst vermittelt wurden, von 15 Fällen in 2011 um 3 Fälle auf 18 Fälle in 2012**

Vollzeitpflegefälle nach § 33 SGB VIII, die durch den Pflegekinderdienst vermittelt wurden

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Zu Entwicklungen im Bereich der Hilfen zur Erziehung ist zum derzeitigen Zeitpunkt keine valide Prognose möglich.

I/2013	21	4	sh. Erl.	
JA 2012	18	24	33 %	
JA 2011	12	13	8 %	
JA 2009	-	9	-	

3210 Andere Aufgaben der Jugendhilfe**1 Mindestens 5 Inobhutnahmen von Kindern im Alter von bis zu zwölf Jahren werden anstelle stationärer Heimerziehung in Bereitschaftspflegefamilien untergebracht**

Anzahl der Inobhutnahmen in Bereitschaftspflegefamilien

I/2013	min. 5	3	min. 5	
JA 2012	min. 5	18	260 %	
JA 2011	min. 5	18	260 %	
JA 2010	min. 5	11	120 %	
JA 2009	min. 5	5	0 %	

5030 Bauleitplanung**1 Optimierung der Planungsprozesse: Einsatz moderner Medien (z. B. Austausch von Fachdaten und geographischen Daten)**

Fristgerecht abgegebene Stellungnahmen

Gründe der Abweichung: 1. Die Komplexität der Verfahren hat zugenommen.

2. Die personelle Situation bei internen Fachbereichen führt zu verzögerter Abgabe der Stellungnahmen.

I/2013	85 %	61 %	70 %	
JA 2012	85 %	71 %	-16 %	
JA 2011	85 %	84 %	-1 %	
JA 2010	85 %	91 %	7 %	

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Intern nicht steuerbar.

I/2013	68 / 80	20 / 33	77 / 110	
JA 2012	68 / 80	78 / 110	-16 %	
JA 2011	68 / 80	82 / 98	-1 %	
JA 2010	68 / 80	73 / 80	7 %	

5040 Geoinformationssystem (GIS)**1 Dienstleistungen Bürger-GIS im Internet sowie GeoOffice Intranet-GIS für Mitarbeiter/-innen: Ständige Updates und Aktualisierung, Erweiterung des Angebotes durch neue Projekte und aktuelle graphische Informationen zum Kreis Bergstraße, Schulung und Fortbildung der Mitarbeiter, hohe online-Verfügbarkeit im Internet pro Kalenderjahr, Ausfallzeiten minimieren durch Projektmanagement**

a Anzahl Zugriffe und Downloads Bürger-GIS im Internet

Gründe der Abweichung: Durch neue Angebote im Bürger-GIS sowie das Hinzukommen neuer Fachthemen / Projekte konnte die Anzahl der Zugriffe und Downloads stetig gesteigert werden.

I/2013	750.000	293.714	800.000	
JA 2012	300.000	810.656	170 %	
JA 2011	88.000	727.852	727 %	
JA 2010	80.000	86.275	8 %	
JA 2009	75.000	76.412	2 %	

Produkt:

- b Online-Verfügbarkeit Bürger-GIS an 365 Tagen (8.760 Stunden) sowie Intranet-GIS an 235 Arbeitstagen (2.350 Stunden)
Kennzahl (absolut): Stunden Online-Verfügbarkeit Plan / Soll

HHJ	Plan	Ist	Prog./ Abw.	M
I/2013	98 %	98 %	98 %	
JA 2012	98 %	98,1 %	0,1 %	
JA 2011	98 %	96 %	-2 %	
JA 2009	98 %	98,5 %	2 %	

I/2013	8.585 / 8.760 + 2.303 / 2.350	2.859 / 2.920 + 767 / 783	8.585 / 8.760 + 2.303 / 2.350	
JA 2012	8.585 / 8.760 + 2.303 / 2.350	8.589 / 8.760 + 2.307 / 2.350	0,1 %	
JA 2011	8.585 / 8.760 + 2.303 / 2.350	8.406 / 8.760 + 2.253 / 2.350	-2 %	
JA 2009	8.585 / 8.760 + 2.303 / 2.350	8.672 / 8.760 + 2.303 / 2.350	2 %	

5051 Bauaufsicht, Baugenehmigung und Wohnbauförderung

1 Kurze Bearbeitungsdauer für Genehmigungsverfahren

Durchschnittliche Bearbeitungszeit von Antragseingang bis zur Genehmigung (Kalendertage)

Gründe der Abweichung: Nicht vollständige Besetzung Stellen im Bereich der technischen Sachbearbeitung bzw. Einarbeitung eines technischen Sachbearbeiters.

I/2013	max. 60	71	60	
JA 2012	max. 60	69	15 %	
JA 2011	max. 60	56	-7 %	
JA 2010	max. 60	46	-23 %	
JA 2009	max. 60	59	-2 %	

5070 Denkmalschutz**1 Erhaltung des Bestandes an erkannten Kulturdenkmälern bzw. wesentlicher Bestandteile von Gesamtanlagen**

Anteil untergegangener Kulturdenkmäler bzw. wesentlicher Teile von Gesamtanlagen

I/2013	max. 1 %	0,1 %	0,6 %	
JA 2012	max. 1 %	0,23 %	-77 %	
JA 2011	max. 1 %	0,14 %	-86 %	
JA 2010	max. 1 %	0,16 %	-84 %	
JA 2009	max. 1 %	0,42 %	-58 %	
I/2013	max. 44 / 4.400	5 / 4.400	26 / 4.400	
JA 2012	max. 43 / 4.350	10 / 4.350	-77 %	
JA 2011	max. 43 / 4.350	6 / 4.350	-86 %	
JA 2010	max. 43 / 4.357	7 / 4.357	-84 %	

5080 Immissionsschutz und Schornsteinfegerwesen**1 Bearbeitung der Mängelberichte (Feuerungsanlagenmessbescheinigungen) der Bezirksschornsteinfeger nach der 1. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes innerhalb von durchschnittlich 80 Kalendertagen ab Eingang des Mängelberichts bis zur Mängelbeseitigung**

Durchschnittliche Bearbeitungszeit ab Eingang Mängelbericht bis Mängelbeseitigung (Kalendertage)

Gründe der Abweichung: Die Anzahl der Mängelanzeigen ist rückläufig, da ab 2010 eine Verpflichtung zur Erneuerung alter Feuerungsanlagen bestand. Für 2013 sind noch keine Mängelanzeigen eingegangen. Erst mit zunehmendem Alter dieser Feuerungsanlagen ist wieder mit einem Anstieg der Anzahl der Mängelanzeigen und Bearbeitungszeit zu rechnen.

I/2013	max. 50	0	40	
JA 2012	max. 80	37	-54 %	
JA 2011	max. 80	18	-78 %	
JA 2010	max. 100	90	-10 %	
JA 2009	max. 100	73	-27 %	

Produkt:**HHJ Plan Ist Prog./ Abw. M****5090 Verwaltung der Kreisstraßen****1 Erreichen der Zustandsklasse unterhalb des Warnwertes von 3,50 für alle Kreisstraßen (Mittelwert)**

Zustandsklasse < 3,50 auf der Gesamtstrecke von derzeit 125 km

Gründe der Abweichung: Geringfügige Verbesserung des Prognosewertes aufgrund der Deckenerneuerungsmaßnahme 2013 im Zuge der K12 Birkenau-Reisen bis Mörlenbach-Ober-Mumbach.

I/2013	4,09	3,97	4,08	
JA 2012	4,37	4,21	-3,7 %	
JA 2011	4,22	4,11	-2,6 %	
JA 2010	3,95	4,22	7 %	
JA 2009	3,95	4,14	5 %	

5100 Öffentlicher Personennahverkehr**1 Qualitätssteigerung des Verkehrsangebots**

Anzahl der Beschwerden je 100.000 Fahrgäste

I/2013	max. 6	0,3	0,9	
JA 2012	max. 7	1,5	-79 %	
JA 2011	max. 7	2,1	-70 %	
JA 2010	max. 7	2,4	-66 %	
JA 2009	max. 7	2,4	-66 %	

I/2013	max 406 / 6.770.000	20 / 6.770.000	60 / 6.770.000	
JA 2012	max 474 / 6.770.000	104 / 6.770.000	-79 %	
JA 2011	max 474 / 6.770.000	140 / 6.770.000	-70 %	
JA 2010	max 474 / 6.770.000	162 / 6.770.000	-66 %	
JA 2009	max 474 / 6.770.000	163 / 6.770.000	-66 %	

Produkt:

HHJ Plan Ist Prog./ Abw. M

5141 Boden- und Gewässerschutz**1 Erhöhung der Anzahl der Wasserschutzgebiete mit Kooperationsvertrag**

Anzahl der Wasserschutzgebiete mit Kooperationsvertrag

Gründe der Abweichung: Wasserversorger und Landwirte sind noch in Vertragsverhandlungen.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Der Abschluss weiterer Kooperationsverträge für Wasserschutzgebiete ist weiterhin geplant.

I/2013	16	15	16	
JA 2012	15	15	0 %	
JA 2011	15	10	-33 %	
JA 2010	15	10	-33 %	
JA 2009	11	10	-9 %	

6020 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft**1 Kreditportfoliomanagement: Liquiditätssicherung, Begrenzung des Zinsänderungsrisikos, Nutzung öffentlicher Finanzierungsmöglichkeiten, Sicherstellung günstiger Marktkonditionen durch Wettbewerbsverfahren**

Zinsaufwand Investitionskredite einschließlich Derivate auf Basis der Zinsfestschreibung bzw.

Forwardzinssätze: ZinsA + 1,0 % < ZinsA Plan (in €)

Gründe der Abweichung: Der Zinsaufwand hat sich aufgrund der günstigen Zinskonditionen und dem späteren Bedarf an Investitionskrediten positiv entwickelt.

I/2013	1.703.827	1.128.218	1.535.424	
JA 2012	1.815.617	1.577.962	-13 %	
JA 2011	1.809.218	1.651.822	-9 %	
JA 2010	1.831.602	1.722.660	-14 %	

2

Zinslastquote = Finanzaufwendungen x 100 / Summe der ordentlichen Aufwendungen

Kennzahl (absolut): Finanzaufwendungen in € / Summe der ordentlichen Aufwendungen in €

Gründe der Abweichung: Sh. Erläuterungen zu 1)

I/2013	3,57 %	sh. Erl.	2,71 %	
JA 2012	4,27 %	1,91 %	-55 %	
JA 2011	3,19 %	2,25 %	-29,5 %	

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Eine unterjährige Betrachtung dieser Kennzahl ist nicht sinnvoll, da es sich um jahresbezogene Aufwendungen handelt.

I/2013	11,5748 / 324,6653	sh. Erl.	8,7372 / 322,1097	
JA 2012	13,7256 / 321,6947	6,045 / 316,4478	-55 %	
JA 2011	10,1159 / 316,9127	6,9978 / 310,4662	-29,5 %	